




Schwarzer Sonntag in Stuttgart: 50 Beamte verletzt – Polizei fordert Wasserwerfer

 Es war ein „Schwarzer Sonntag“ für Stuttgart. Wer dabei war, muss sich zeitweise so gefühlt haben wie in den umkämpften Straßen des Nahen Ostens während der Intifada. Mit Pali-Tüchern verummte, Steine werfende Jugendliche und junge Männer, die sich mit der Staatsmacht anlegen, blitzschnell wieder untertauchen und von Neuem angreifen. Begünstigt durch die Topografie Stuttgarts, gingen in den kleinen Straßen und Gassen die Strategien der zahlreichen Terrortrupps auf.

50 Beamte verletzt – 26 Tatverdächtige auf freiem Fuß

Wie erst jetzt bekannt wurde sind nicht wie ursprünglich vermeldet 12, sondern mindestens 50 Polizeibeamte verletzt worden, vier davon sind ab sofort dienstunfähig. Dazu zehn verletzte Demonstranten, unbeteiligte verletzte Passanten, zertrümmerte Polizeiautos, brennende Müllcontainer. Es wurden Baustellenabschrankungen umgeworfen und beschädigt, Pflastersteine aus der Fahrbahn gerissen und als Wurfgeschosse missbraucht, ebenso Stangen, Flaschen und Pyrotechnik. Vor Ort wurden am Sonntag bereits 26 meist kurdische Tatverdächtige ermittelt, die allerdings alle noch am selben Tag wieder freigesetzt wurden.

Polizei fordert Wasserwerfer – Lügenpresse dagegen

Es ist auch schon wieder sonderbar, dass erst zwei Tage nach den Krawallen die Kommentarschreiber in den Redaktionsstuben

wach werden. Besser spät als nie, könnte man meinen. Oder lag es etwa an der massiven Berichterstattung in den freien Medien, dass sich die Presseorgane gezwungen sahen, dem Ereignis entsprechend, mehr als nur beiläufig zu berichten? Die Stuttgarter Nachrichten schreiben heute in ihrer Druckausgabe auf Seite 1 zu den Vorkommnissen am Sonntag: „Erinnerung an Schwarzen Donnerstag“. Noch am Montag waren ihnen die Ereignisse lediglich ein Mini-Foto und nur wenige Sätze im Innenteil wert. Statt aber jenen den Rücken zu stärken, die auch den Reportern vor Ort Sicherheit schaffen und für diese ihre Gesundheit riskieren, wird der sich abzeichnende Widerstand der Beamten schlecht geredet. Zur aktuellen Forderung der Polizei nach Wasserwerfern schreibt die Stuttgarter Zeitung: „Es wäre ein fatales Zeichen“ und erinnert an 2011, als sich bei Protesten um Stuttgart 21 im Schlossgarten angeblich „traumatische“ Ereignisse abspielten.

Die Konflikte müssen dort ausgetragen werden, wo sie ihren Ursprung haben

Statt sich mit Stangen, Steinen, und anderen potentiell tödlichen Wurfgeschossen bewerfen lassen zu müssen, sind Wasserwerfer tatsächlich die bessere Alternative zu Knochenbrüchen, lebensgefährlichen Verletzungen oder Schlimmerem. Der Staat muss in der Lage sein, Straßen und öffentliche Plätze effektiv gegen terroristisch vorgehende Banden verteidigen zu können. Statt dessen sind die Beamten gezwungen, die Wurfgeschosse anschließend auch noch selbst zu entsorgen, während sich die Täter zu weiteren Angriffen erneut zusammenrotten können.



Der fromme und auch vielleicht naive Wunsch, die kurdischen und türkischen Verbände könnten mäßigend auf ihre Leute einwirken, kann eigentlich nur von Leuten kommen, die die Verhältnisse vor Ort nur aus der Distanz kennen. Wer selbst Kinder in Stuttgarter Schulen hat, erfährt sehr schnell, dass

hier der Hass zwischen vielen Kurden und Türken nicht mit ein paar Gesprächen auszumerzen ist, auch dann nicht, wenn die Aussprache von „Autoritäten“ aus dem jeweiligen Kulturkreis geführt und begleitet wird. Viel zu häufig gehören eben leider auch die, die nach vorne von Frieden sprechen, zu denen, die hinter verschlossenen Türen zündeln.



Dennoch müssen die Konflikte von den Türken und Kurden selbst gelöst werden – und zwar östlich des Bosphorus. Es bleibt dabei: Es dürfen keine fremde, religiöse, kulturelle, politische oder ethnische Konflikte auf deutschem Boden ausgetragen werden. Heute nicht und auch nicht in Zukunft – niemals!